

**Erscheint in Leipzig**  
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
 Abonnementspreis  
 für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf. pro Quartal.  
 für ganz Österreich 1 Mark 40 Pf. pro Quartal.  
 Einzelhefte 4 Pf.  
 werden bei allen deutschen Buchhändlern  
 auf den 2. und 3. Monat, und auf den  
 3. Monat besonders angenommen.  
 Inserate  
 für Veranlagungen pro Zeile 10 Pf.,  
 für Fortsetzungen pro Zeile 5 Pf.  
 für Veranlagungen pro Zeile 10 Pf.,  
 für Fortsetzungen pro Zeile 5 Pf.

# Vorwärts

**Bestellungen**  
 nehmen an alle Buchhändler und Buchhandlungen bei 20- und 30-Bänden.  
 Postal-Expeditoren.  
 Rem. Post: Mr. Henry Duncker, 177 Elm Str. corner Broome. — Mr. Derm. Walsh, 348 West — 37 St.  
 Philadelphia: B. J. G. 508 North 3rd Street.  
 J. B. N. R. box Charlotte & George Str. Hoboken N. J.: J. H. G. 315 Washington Str.  
 Chicago: H. S. K. 74 Clybourn Ave.  
 San Francisco: H. S. K. 418 O'Farrell Str.  
 London W. 1: B. H. G. 37A Prin-cess Str. Leicester Sq.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 72.

Freitag, 21. Juni.

1878.

### Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli 1878 beginnt ein neues Quartal, und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.  
 Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. pro Quartal für ganz Deutschland.  
 Alle Postanstalten und Buchhandlungen nehmen Abonnements entgegen.  
 Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe in folgender Weise berechnet:  
 für Deutschland, Ungarn, Belgien und Luxemburg bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 3 Mark pr. Quartal; bei wöchentlich einmaliger Zusendung 2 Mark 30 Pf.;  
 für die Schweiz, Serbien, Belgien, Skandinavien, Italien, die Niederlande, Großbritannien, Rumänien, Portugal, Frankreich, Spanien, Türkei und Vereinigten Staaten von Amerika bei wöchentlich dreimaliger Zusendung 4 Mark, wöchentlich einmal 2 Mark 50 Pf.  
 Couvertsendungen innerhalb des deutschen Postgebiets incl. Österreich, Ungarn, Luxemburg und Belgien wöchentlich dreimal 10 Mark pr. Quartal, wöchentlich einmal 4 Mark 80 Pf. pr. Quartal.  
 Der Abonnements-Betrag ist bei Bestellung einzulösen.  
 In dem Zeitungsverzeichnis steht der „Vorwärts“ im Nachtrag IX, unter Nr. 4132, Seite 2.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis mit Bringerlohn auf 1 Mark 80 Pf. pro Quartal und 60 Pf. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition d. Bl. Färberstraße 12/11, in der Expedition der „Fackel“, H. Fieischer-gasse 15 part., bei unserm Colporteur Bösch, Hospitalstr. 6/IV, und im Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsq. 60; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: Volk-marsdorf, Reudnitz, Neuschöndorf u. c. bei Frau Engel, Reudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr.; für Connewitz u. c. Hader, Kurze Str. 10 part.; für Alteinshofer und Umgegend bei F. Trost Hauptstr. 10 I; für Schönberg bei Bösch, Hospitalstr. 6/IV dahier; für Reudnitz bei Bschau, 15 I; für Gohlis u. c. bei Schäfer, Eisenbahnstraße 8; für Stötteritz bei G. Grude, An der Papiermühle; für Plagwitz-Lindenau bei Frau Griebenstein, Aurelienstr. 3; für Entsch bei W. Knobloch, Marienstraße.  
 Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. (frei in's Haus) abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a und Rubenow, Brunnenstr. 36a, im Laden.

Die Leipziger Abonnenten werden noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei allen Stadtpost-Filialen Quartals-Abonnements angenommen werden.

Leipzig. Expedition des „Vorwärts“. Färberstraße 12. II.

### „An das Gewissen der Nation“

wendet sich bei den bevorstehenden Neuwahlen nach ihrer eigenen Erklärung die deutsche Reichsregierung.  
 Gegen diese Ubrause kann Niemand etwas einwenden und besonders dann nicht, wenn die Regierungsorgane das „Gewissen der deutschen Nation“ bei seiner Ausübung nicht unrechtmäßig beeinflussen, wenn die deutschen Regierungsorgane eine vollständige freie Wahl dem deutschen Volke ermöglichen.  
 Die Wahlprüfungen im deutschen Reichstage bisher schon gezeigt haben, ist es mit der freien Wahl nicht immer sonderlich gestellt gewesen: Pastöre auf den Kanzeln, Gendarmen und Schutzleute haben direkt und indirekt die Wahlen „machen“ helfen.  
 Und alle Anzeichen sind vorhanden, daß die bevorstehenden Wahlen nicht frei sein werden von allerlei Beeinflussungen, die von der Macht ausgehen. So wird aber das „Gewissen der Nation“ in seiner freien Willensäußerung beeinträchtigt, und der Appell an dasselbe hat keine Bedeutung.  
 Wenn man jetzt schon die Hindernisse sieht, welche den sozialdemokratischen Wählern, dem arbeitenden Volke, soweit es selbstständig aufzutreten und seine Stimme in die Wagschale zu werfen verlangt, entgegengehalten werden: Auflösung von Wahlversammlungen, Verbot des Sammelns von Wahlgebern — dann sieht es wahrlich mit dem Appell „an das Gewissen der Nation“ merkwürdig genug aus, oder aber man müßte annehmen, daß die deutschen Arbeiter, geachtet und verehrt, nicht zur deutschen Nation gerechnet werden sollen.  
 Das Land aber, welches seine besten, seine edelsten Söhne in die Acht erklärt, steht, wie die Geschichte lehrt, schon dicht am Rande des Abgrundes.  
 Wenn wir also, nach den Maßnahmen zu urtheilen, die jetzt schon getroffen werden, kaum die Hoffnung Dixer zu theilen vermögen, die dennoch glauben, die deutschen Behörden würden eine freie Wahl auch den Sozialdemokraten, den Arbeitern gestatten, so soll uns das doch nicht abhalten, in den Wahlkampf einzutreten, der ja außer den behördlichen Maßregeln ungleich größere, welche die bestehenden Klassen gegen die abhängigen Arbeiter ergreifen, zeigen wird. „Vogel friß oder stirb!“ — wird dabei die Parole der Arbeitgeber lauten; entweder du wählst keinen Sozialdemokraten, oder du kommst von Vohn und Brod!  
 Wir sehen also, daß auch von dieser Seite, sofern man die Arbeiter noch mit zur Nation zu zählen geneigt ist, das „Gewissen der Nation“ in bedenklicher Weise bedroht wird, daß also

unter diesen Umständen die Antwort, welche die Nation auf die Auflösung ertheilt, nimmermehr gewissenhaft ausfallen kann.

Aber dennoch! Wir treten mit aller Energie ein in den Wahlkampf, weil dadurch erst die Kampfmittel unserer Gegner an den Pranger gestellt werden können, und weil wir aber auch das felsenfeste Vertrauen auf die großartige Kraft und Opferfreudigkeit der Arbeiterklasse haben, daß sie trotz Sturm und Unwetter das anvertraute Rettungsboot, welches die Menschheit vor dem Untergange bewahren soll, durch Klippen und Brandung mit sicherer Hand hindurchsteuern wird.

Auch die bevorstehende Reichstagswahl in Deutschland wird zeigen, daß das Boot wohl hin und her geworfen werden kann von den Parteiwogen, daß es aber den Cours nicht verliert und ein gutes Stück Weges vorwärts kommt.

Am Steuer sitzt das Recht, die Freiheit ist die Führerin und die Ruder werden getrieben von der unverborgenen Volkskraft.

Am 30. Juli wird die für längere Zeit entscheidende Wahlschlacht geschlagen werden unter den schwierigsten Verhältnissen für die Sozialdemokratie, die deshalb auch in Bezug auf die Wahlvorbereitungen und den Wahlkampf selbst eine von früher etwas abweichende Taktik verfolgen wird.

Es kann und diesmal nicht darauf ankommen, eine möglichst große Gesamtzahl von Stimmen zusammenzubringen, sondern wir müssen, der so heftig andringenden Reaktion gegenüber, auf möglichst viel positive Erfolge bedacht sein. Unsere ganze Energie muß sonach auf diejenigen Wahlkreise verwendet werden, in denen ein Sieg der Sozialdemokratie erzielt werden kann. Für diese Wahlkreise, die als offizielle bezeichnet werden und die auf dreißig veranschlagt sind, muß die ganze Partei wie ein Mann einstehen. Es darf kein Groschen unnötig verausgabt werden in Gegenden, in denen wir nur mit sogenannten Stimmzähl-Candidaturen auftreten können. In solchen Stadt- und Industriebezirken mag man selbstständig vorgehen, wo dies mit wenig Mühe und Kosten verknüpft ist; in solchen Bezirken aber, die man von vornherein als ungünstig kennt, namentlich in noch wenig bearbeiteten ländlichen Gegenden, möge man für diesmal sich der Agitation für sozialistische Wahlen gänzlich enthalten. Alle verfügbaren Mittel lende man an die Centralkasse ein, damit die Partei in den Stand gesetzt wird, in den offiziellen Kreisen eine möglichst kraftvolle Agitation entfalten zu lassen. Es gilt diesmal nicht, Heerschau zu halten über die Massen der Sozialdemokratie, sondern es gilt, das bereits eroberte Terrain zu behaupten und neues zu erringen im Kampfe mit der von allen Seiten anstürmenden Reaktion.

Im Uebrigen ist unsere Stellung trotz der vielen Widerwärtigkeiten, die auf uns einströmen, keine so ungünstige, wie vielfach gesagt wird.

Die conservativen und offiziellen Blätter erklären mit großer Offenheit, daß der Kampf der Regierung allerdings auch gegen die Sozialdemokraten, aber in nicht geringerer Weise gegen die Liberalen und Fortschrittler gerichtet sei. Die Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie sind nur die Lockspeise, um die simplen Wähler zu fangen. Es handelt sich in Wirklichkeit um 3—400 Millionen Steuern mehr! Es handelt sich um das Tabakmonopol! Es handelt sich um die Verlängerung der gegenwärtigen hohen Präsenzstärke des deutschen Heeres und der enormen drückenden Militärlasten!

Dies Alles soll das liberale Bürgerthum gewähren, dafür erhält es einige Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie, die im günstigsten Falle weder schaden, noch nützen — wir sprechen hier vom Standpunkte eines liberalen Bürgers aus — im ungünstigen Falle aber die Sozialdemokratie zu noch höherer Blüthe führen.

Dies merken auch jetzt bald die lange Zeit mit Blindheit geschlagenen Liberalen.

So erhalten wir anstatt einer allgemeinen, organisierten Sozialistenpartei einen äußerst bunten Parteikampf — die Reaktionsäre gegen die Fortschrittler, die Liberalen gegen die Clericalen, diese gegen die Regierungscandidaten oder gegen die Liberalen. Christlich-Soziale, Agrarier und Schutzpöliner verwirren den Kampf noch — geschlossen und fest steht allein die Sozialdemokratie da.

Deshalb steht unsere Sache gut. Aber auch der Stolz der Arbeiter wird erwachen ob all' der unerhörten Maßregeln, von denen sie getroffen werden und die ihnen ihre freie Ueberzeugung rauben sollen. Für diese Ueberzeugung werden sie am 30. Juli kämpfen. Und von diesem Standpunkte aus appellieren auch wir an das Gewissen der deutschen Nation.

### Sozialisten und Meuchelmord.

(Aus dem Centralorgan der englischen Gewerkschaften: „Industrial Review“ vom 15. d. M.)

Die Leser unserer Zeitungen werden es kaum bedauern, daß die Hrn. Redacteure ein Thema gefunden haben, durch welches in das tödtliche Einzelrel der in langweiligen und verwirrenden Artikeln behandelten orientalischen Frage etwas Abwechslung gebracht wird.

Schade nur, daß dieses neue aufregende Thema ein verächtlicher Meuchelmord ist; aber das läßt sich nun einmal nicht ändern. Das bloße Schießen (the mere shooting) auf einen König, eine Königin oder einen Kaiser würde unter gewöhnlichen Umständen freilich nur ein „neuntägiges Wunder“ sein. Alles, was über solche „Attentate“ gesagt werden kann, ist lange gesagt. Louis

Philipp und unsere Königin Viktoria sind so vielen Mordversuchen ausgesetzt gewesen, daß das Thema vollständig erschöpft ist, soweit der einfache Fürstenmord ins Spiel kommt. Handelte es sich einzig um die Rettung des Kaisers vor den Kugeln zweier Glenden, die auf ihn feuerten, so würden die Zeitungen wenig zu schreiben haben, was irgend Jemand des Lesens werth fände. Nach allen Nachrichten sind diese beiden Mächte-germ-Fürstenmörder (would be King-Killers) höchst verächtliche Personen — erbärmliche, halbhirnige Subjekte, deren Noth und Leidenschaften, zusammenwirkend mit ihrer Verrücktheit, sie zu Verbrechen trieben, zu deren Vermeidung ihnen die Kraft, und zu deren richtiger Ausführung ihnen die Entschlossenheit und das erforderliche Geschick fehlte.

Die Presse (d. h. die Bourgeois-Presse) Großbritanniens fällt aber, indem sie den Wunsch der deutschen Staatsmänner, diese Attentate mit den deutschen Sozialisten in Verbindung zu bringen, Tag für Tag ihre Spalten mit Jagd- und Mordgeschichten („cock and bull“ stories) der lächerlichsten Art, in der Absicht, einen Zusammenhang zwischen Hölle und Nobiling und den deutschen Sozialisten nachzuweisen, als ob heutzutage die Theorie des Meuchelmords und die Praxis des Fürstenmords Dinge wären, die Zehntausende von Menschen in Deutschland, Amerika, Frankreich und England als das beste Mittel zur Erreichung ihrer politischen Zwecke betrachteten. Etwas Konfirmeres als dies kann man sich unmöglich denken. Vor einigen Tagen erzählte uns die „Times“, überall in den Vereinigten Staaten bewaffneten sich die Sozialisten in der Absicht, dem Geseze zu trotzen und das Eigenthum des Landes an sich zu reißen. Der gesunde Menschenverstand mußte Jedem sofort sagen, daß das Ganze eine gewöhnliche Reporter-Ente war; statt aber die Sache so aufzufassen, schrieben die Zeitungen ernsthaft Leitartikel, und brachten die Trades-Unions und alle anderen Bewegungen und Organisationen, an denen Arbeiter theilnehmen, in Zusammenhang mit diesem angeblich drohenden revolutionären Ausbruch.

In Deutschland sind derartige Gerüchte sehr kunstreich angefertigt und verbreitet worden. Hr. Krupp ließ sich vor Jahresfrist, in einer Ansprache an seine Arbeiter, sehr lebhaft über Gewerkschaftswesen und Sozialismus aus. Das neueiche Vergrübnis eines Sozialistenführers in Berlin wurde mit dramatischem Effekt verarbeitet. Ein so fetter Dissen war unübersehlich. Der (angebliche) Unfug in den Straßen und die (angebliche) Gotteslästerung und Unordnung an dem Grabe entsprochen so vollkommen den Anstands-begriffen der Sozialisten und vernünftigen Arbeiter, daß die „Times“, der „Daily Telegraph“ und die „Pall Mall Gazette“ nicht umhin konnten, das alberne Zeug zu glauben, es zu veröffentlichen und lange Commentare zu schreiben. Natürlich war Alles nicht wahr, wie durch das Zeugniß von Leuten, welche der Leichenfeier beiwohnten, festgestellt wurde. Indeß die „Verächtigungen“ fanden wenig Gnade und konnten nur verstümmelt zum Abdruck gelangen. Die Lüge war nützlich, oder galt doch den „Freunden des Eigenthums und der Ordnung“ für nützlich, und man ließ ihr deshalb freien Lauf.

Die Personen, die solche monströse Verleumdungen gegen das Volk in all seinen Bewegungen schreiben, stehen mit den Hölle's und Nobiling's genau auf derselben Stufe. Sie begehen ein meuchlerisches Attentat auf den Ruf des Volkes, während die genannten Glenden verzweifelte Attentate auf das Leben von Fürsten verübten. Die verbrecherische Handlungsweise der Zeitungsschreiber ist sicher und wird besser belohnt, ist aber im Ganzen noch niederträchtiger als die der hirntollen Fürstenmörder (but is upon the whole meaner than that of insane regicides). Wer die friedliche Fortentwicklung der Gesellschaft wünscht, muß selbstverständlich den Meuchelmord verurtheilen, ja sogar eine bewaffnete Erhebung, es sei denn, daß dem Volk kein anderer Weg für die im Interesse der Gerechtigkeit und des Rechts notwendigen Veränderungen offen gelassen werde. Die Sozialisten Englands wie der übrigen Länder sind freier von Gedanken der Gewaltthat als irgend eine andere Reformpartei (The socialists whether in England or elsewhere are freer than any other body of reformers from thoughts of violence). Der Grund liegt auf der Hand. Sie haben wirtschaftliche und sonstige Pläne, deren Verwirklichung nur in Frieden begonnen und nur durch eine im Frieden allein mögliche Disziplin des Denkens und Handelns durchgeführt werden kann. Wie könnte der Tod eines Kaisers oder Königs die Geister disziplinieren und ein gesellschaftliches und wirtschaftliches System ins Leben rufen, welches methodischer Vorbereitung und, bei seiner Ausführung, des Friedens und der Zustimmung des Publikums bedarf, wenn der Erfolg gesichert werden soll?

Wir fragen ferner, wie könnte der Meuchelmord als das Geheimniß einer Partei bewahrt werden, die Jeden, der mit ihren Zielen sympathisirt, in ihre Mitte aufnimmt?

In Deutschland haben die Sozialisten ihre Zeitungen, und sie haben mehrere Vertreter in dem deutschen Parlament. Um anzunehmen, daß die Sozialisten an den Meuchelmord glauben und heimlich dazu aufzumuntern, müßte man erst annehmen, daß der allgemeine Gesellschaftsförder, aus welchem die sozialistische Partei ihre Anhänger zieht, schon eine starke Neigung zum Meuchelmord hat. Die Verleumdung richtet sich also nicht bloß gegen die Sozialisten als solche, sondern gegen die Gesellschaft im Allgemeinen: gegen die Männer, Frauen und Kinder, mit denen wir in täglichem Leben verkehren. Wir sehen nicht an, auf's Entschiedenste zu erklären, daß wir eine solche Annahme für eine abscheuliche Lüge (hideous falsehood) halten, und zwar für eine vom Parteihag zu Parteizwecken zusammengedachte Lüge, wie dies der Versuch, das Ausnahmegezeze durchzusetzen, offenbart gemacht hat. Der Kniff ist unter den politischen Wäch-

haben ebenso abgehandelt, wie das Ringespiel\*) unter den Gaunern. Und wenn auch in dem kleinen Parteigedank die Anlage des Mordmordes selten ist, so wird dafür desto ungenierter gegen jeden nicht ganz orthodoxen Gedanken über gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen die Anklage des Communismus und eines Attentats auf das Eigentum geschleudert. Eheliche Bürger können nicht genug auf ihrer Hut sein gegen Menschen, die sich so unerblicher Mittel bedienen.

Nichts ist im politischen Kampf gewöhnlicher, als eine solche Schurkerei des Anklagens (rascality of accusation). Der Ruf einiger der tüchtigsten Charaktere ist auf diese Weise geschädigt oder zerstört worden. v. Hammer hat die „Geschichte der Affassinen“\*\*) geschrieben, aber die Mordmörder (Affassinen) waren Orientalen, nicht Deutsche oder Engländer. Wir haben auch von der geheimnißvollen Mördergesellschaft der Thugs in Indien gehört. Engländer und Deutsche haben jedoch keine Neugierde mit diesen, und es ist eine ungeheuerliche Verletzung der Wahrheit, eine Verleumdung auszustreuen, die einen Theil der Völker Europas auf eine solche Stufe der Infamie herabdrücken will. Die Leichtfertigkeit, mit welcher die „Times“, die „Ball Mall Gazette“ und andere Zeitungen die Attentate auf den deutschen Kaiser als eine Frucht des Communismus, als das Resultat einer communistischen Verschwörung hinstellen, ist einfach ein Frevel an der Moral und dem gesunden Menschenverstand. Hödel scheint ein verzweifelter Halbidiot (a desparate imbecile) gewesen zu sein, und Nobiling ahmte ihm nach, wie ein Verrückter den Akt des anderen nachzuahmen pflegt. Ein verkommenes Gaskette schloß ein auf unsere Königin — Flugs fanden sich irrsinnige Nachahmer, welche das verbrecherische Attentat wiederholten. Vor einigen Jahren stürzte sich eine verrückte Frau von dem Monument (einer hohen Säule in London) herab — und dies war das Signal für eine andere verrückte Frau, dasselbe zu thun.

Wir wollen dies nicht für eine Erklärung ausgeben — da wir die eigentlichen Ursachen und Triebfedern der beiden Attentate auf den Kaiser ebenso wenig kennen, wie die Redakteure der „Times“ und der „Ball Mall Gazette“. Wir sind bereit, jede andere Erklärung zu acceptiren; unmöglich können wir aber auch nur für einen Augenblick glauben, daß ein namhafter Theil des Volks in Europa und Amerika den Mord als ein Mittel zur Förderung politischer Zwecke betrachtet und heimlich predigt. Es ist schlimm, daß man Politiker und Zeitungschreiber der Fabrikation so infamer Verleumdungen anfragen muß, aber dies ist doch bei Weitem der Annahme vorzuziehen, daß es eine Partei geben könne, welche ein so empfindliches Verbrechen wie den Mordmord für gerechtfertigt hält und ausübt. Lloyd Jones.

### Aus Berlin.

den 16. Juni.

Die heutige Berliner „Volkszeitung“ bringt in ihrer Wochenübersicht sehr beherzigenswerthe Worte, wobei nur zu wünschen wäre, daß sie und ihre Partei auch nach solchen Worten handeln möchten. Nachdem die „Volkszeitung“ die Haltung der Nationalliberalen bei der Attentatsvorlage und nach dem zweiten Attentat verglichen hat, kommt sie zu der Ueberszeugung, daß ein großer Theil der Nationalliberalen nach rechts neige und etwaigen Ausnahmegesetzen seine Einwilligung ertheilen würde. Doch hören wir die „Volkszeitung“ zunächst selbst:

Die Regierungsvorlage wurde mit großer Majorität verworfen. — Da kam das zweite Attentat. Obwohl kein irgend ruhigdenkender Mensch heute, nachdem sich herausgestellt, daß so ziemlich Alles, was über Nobiling seit dem Attentate geschrieben worden, erlogen ist, sich schon ein Urtheil über die Motive und die intellektuelle Urheberschaft der That — wenn dabei überhaupt von einem Intellekt

\*) Ring dropping — eigentlich: das Fallenlassen eines Rings — ein bekannter Trick, der darin besteht, daß ein Gauner auf der Straße, bei Jahrmärkten zc. nach einem angeblich verlorenen Ring sucht, und dadurch einen Auslauf bewirkt, der es den „Verbündeten“ leicht macht, die Taschen zu leeren.

\*\*) Wörtlich die Hantseher; so nannte sich eine Sekte von muhamedanischen Fanatikern, die sich durch Hungertod in Tollwuth versetzten, und dann blind darauf los mordeten. Aus dem türkischen Wort hantsehahim ist das französische und englische assassin, Mordmörder, geworden. v. Hammer hat die Geschichte jener muhamedanischen Sekte geschrieben — im englischen Text wird aber das Wort in seinem doppelten Sinn genommen.

### An die Deutschen.

3. Juni 1878.

Von Felix Dahn.

Senket von Sedan die Siegesfahnen,  
Senket die Häupter in Scham, Germanen!  
„Treue der Deutschen“ — ein Wort der Schande!  
Unsere Schmach schreit über die Lande!  
Kimmer des Vorbergs, des Delbaums Reiter  
Schirmen das theure Haupt dem Kaiser!  
Heilig dem Fremden dies Angesicht —  
Aber dem Wahn der Deutschen nicht! —

Giftige Fäulniß ergriff dies Geschlecht:  
Aber gedenkt, daß der Jugend Recht,  
Daß es die Zukunft zu retten gilt!  
Hoch erhebet des Rechtes Schild;  
Schlagt mit dem Schwert des Kaisers daran:  
In der Scheide nur trug es der mildeste Mann!  
Drohend und drohend über das Reich  
Schalle der ehernen, warnende Streich:

Freveler zu schreden, Säum'ge zu weden,  
Alle zu mahnen, den Kaiser zu beden!  
Wahrlich, Ihr deckt mit dem Kaiser zugleich  
Nicht nur die Ehre, den Ruhm und das Reich —  
Alles, was heilig und edel und theuer:  
Bildung unducht und des Herdes Feuer!

Laßt, ihr verblendeten Brüder, das Hanken!  
Führt ihr den Boden des Hauses nicht wanken?  
Tretet sie aus die aufzüngelnden Flammen —  
Krachend sonst brechen die Balken zusammen!

### Germanischer Unsinn.

Antwort an Felix Dahn.

Senke, o deutsches Volk, die Fahnen,  
Hoch „die Könige der Germanen.“\*)

\*) So betitelt sich ein geschichtliches Werk Dahn's, welches nicht sozialdemokratisch ist, und dennoch klagt dort hinterlistig, Treubruch, Todtschlag und Mord aufs Ueppigste.

die Rede sein kann — annehmen wird, so hat doch bereits dasjenige Organ, die „National-Zeitung“, welches bisher als das tonangebende der nationalliberalen Partei galt, mit einem Häufchen von etwa 30 Dissidenten sich in offenen Widerspruch gegen die Partei gestellt, gerade als ob die Ablehnung der Sozialistenvorlage mit dem zweiten Attentate in einem ursächlichen Zusammenhang stünde, was doch im Ernst kein vernünftiger Mensch behaupten wird. Damit war das langersehnte Ziel, der Miß in der nationalliberalen Partei, erreicht; es galt nun, ihn zu einem dauernden zu machen. Dazu hätte wohl die Einberufung des alten Reichstages genügt; denn ebenso sicher wie nunmehr ein Theil der Nationalliberalen der Regierung zugehört wäre, ebenso sicher hätte ein erheblicher Theil an seinem vermeintlichen Votum festgehalten; denn das zweite Attentat, das Attentat eines der gebildeten Gesellschaft angehörigen excentrischen Menschen, der trotz aller Bemühungen in dieser Richtung ebenjowenig selbst als Sozialdemokrat hat entlarvt werden können, wie es gelungen ist, seine That als die letzte Konsequenz sozialistischer Demagogie zu enthüllen, dieses zweite Attentat hatte an der durch das erste geschaffenen Sachlage nichts geändert, wenn man es nicht als mahnenden Hinweis darauf ansehen will, wie wenig die Ausnahmegesetze den Kern der Sache getroffen hätten.

Und weiter sagt die „Volkszeitung“ in dem, vom antiozialistischen Standpunkte aus betrachtet, sehr vortrefflichen Artikel: „Zwischen aber hatte die offizielle im Verein mit der Landrathspresse und einem großen Bruchtheil der urtheilslosen kleinen Volkspresse und unterstützt durch die Entenzeitung der Berliner Reporter aus dem Nobiling'schen Attentat mit solchem Erfolge politisches Kapital zu machen gewußt, daß eine Rechtschwenkung im Volke deutlich zu Tage trat. Diese veränderte Stimmung wurde sofort benutzt.“

Alles sehr gut! Wenn nur die Berliner „Volkszeitung“ nicht auch die meisten Reporterenten in ihrem Teiche hätte schwimmen lassen!

Doch hören wir noch weiter: „So wurde denn die Auflösung des Reichstages am 11. im Bundesrathe beschlossen; die Neuwahlen sind zum 30. Juli anberaumt. Das Schlagwort, das man vom Regierungstische aus in den Wahlkampf geschleudert hat, ist das Attentat; in Wahrheit wird es sich darum handeln, ob Fürst Bismarck seine wirtschaftlichen Reformpläne durchsetzen kann. Hätte es sich wirklich nur um die Sozialistenvorlage gehandelt und wäre die Regierung in der Lage, der Reichsvertretung gegenüber, das zweite Attentat als ein neues Belastungsmoment gegen die Sozialdemokratie und als Rechtfertigung für die Vorlage geltend zu machen, so würde sie auch mit dem früheren Reichstage zum Ziele gekommen sein; das ist aber eben nicht der Fall. Das Attentat ist das Feldgeschrei, aber dem Liberalismus gilt der Krieg.“

Wiederum Alles sehr gut! — Aber merkwürdigerweise hat die Fortschrittspartei an der Spitze ihres Wahlauftritts das Lösungswort: „Entfernung der Sozialdemokraten aus dem Reichstage“ gesetzt. Der Eugen Richter'sche Haß ist eben mit der Vernunft davon gelaufen. Die Sozialdemokratie verlangt von den Fortschrittler keine Schonung, noch viel weniger Unterstützung, aber jeder einsichtige Fortschrittler sollte sich sagen, daß im Augenblicke drohendster politischer und wirtschaftlicher Reaktion die Anhänger der Sozialdemokratie in vielen Wahlkreisen den Ausschlag geben dürfte.

Auch weiß man, daß mit dem Jahre 1881 der eiserne Militäretat sein Ende erreicht, daß von da ab der Reichstag in militärischen Dingen wieder etwas mitzusprechen hat. Der am 30. Juli dieses Jahres gewählte Reichstag aber dauert bis zum 30. Juli 1881; er hat also in seiner letzten Session noch Gelegenheit, die drückende Militärlast auf weitere 7 Jahre oder gar auf unbestimmte Zeit hin zu verlängern.

Unter dem Druck der Attentate soll eine reaktionäre, gefügige Majorität geschaffen werden! Die „Volkszeitung“ sagt selbst, daß die Sozialdemokratie diesen Attentaten fern stehe — weshalb also in dieser Zeit, wo alle Volkrechte bedroht sind, das tolle, kopflose Wüthen gegen eine Partei der Freiheit? Weshalb nicht, wie früher energischen Kampf gegen uns, aber doch keinen taktlosen und selbstmörderischen? Weshalb also bläst die Fortschrittspartei in dasselbe reaktionäre Horn mit den anderen Parteien gegen uns? Also doch: reaktionäre Waffe!

Der Haß gegen die Sozialdemokratie treibt den Liberalis-

Treue der Deutschen — ein Wort der Schande?  
Tugend im ersten und sechsten Bande!  
Felix Dahn hat Alles beschrieben  
Wie es die Ahnen, die edlen getrieben,  
Wie sich Graf und Herzog morden.  
Ist die Welt nicht schlechter worden?

Wer schlich heimlich in das Gemach  
Philipp's von Schwaben? Der Wittelsbach.  
Mit dem Schwert, dem blanken, schlug  
Er in Städte des Herzogs Trug.  
Dieser Ahnherr war kein Damm,  
Wittelsbach von Bayernstamm.

Lohengrin ist noch gesund,  
Gott sei Dank. Doch Teiramund  
Wollt ihn tödten — weh und ach! —  
Wollt ihn tödten im Brautgemach.  
Oder ist der Graf gerathen  
Aus Versehen in die Kemenaten?

Siegfried blutete beim Genick  
Von der Drachhild zornigem Blicke.  
Eine Königin war sie — und  
Vom verlorenen Burgund.

Albrecht von Habsburg, der Heldenkaiser,  
Der in der wogenden deutschen Schlacht  
Adolf von Nassau umgebracht,  
Weigert Johann die Lorbeerreiser.  
Hans, der auch ein Herzog war,  
Jog den Dolch; der harme Streich  
Schallte in's Herz dem ganzen Reich.  
Mörder ein Fürst! Wie sonderbar!

Lasset, Deutsche, verblendetes Hanken,  
Wärde sonst nicht der Siebel wanken?  
Auf zum Kampfe des Reiches Uplanden,  
Deruler, Teukerer, Sachsen, Alanen!  
Werdet Alle westgothische Krieger!  
Schlagt an das Schild ihr vandalischen Sieger,  
Sonst Walpurg und Talskows Land  
Frißt Ruspill, der Weltenbrand. Germanus.

mus und den Fortschritt zum Selbstmord, das rothe Gespenst wirkt; die Tragikomödie, welche in dem Gedächtnis: „Der Dahn und das Morgenroth“ uns vorgeführt wird, erfüllt sich bei den Liberalen und Fortschrittler und mit ihr die Weltgeschichte, welche keinerlei Halbheiten auf die Dauer duldet. —

Der neue Handelsminister Maybach macht jetzt auch schon in Sozialistenkreise. Er hat an die Handels- und Gewerbestammern ein Schreiben gerichtet, in welchem er auf die Gefahren der Sozialdemokratie aufmerksam macht und die Gewerbetreibenden auffordert, die sozialdemokratischen Agitatoren zu bekämpfen. Selbstredend befindet sich unter den Bekämpfungsempfehlungen auch das der Entlassung der Sozialdemokraten aus den Fabriken und Werkstätten. Schon einmal hat ein preussischer Minister, der jetzt verlassene Minister Camphausen, den deutschen Arbeitern einen Liebesdienst geleistet, als er die Fabrikanten aufforderte, die Löhne herabzusetzen, sie also in materieller Hinsicht zu drücken, der Liebesdienst des neuen Herrn Handelsministers besteht nun darin, daß er die Arbeiter vollständig unter die geistige und moralische Botmäßigkeit der Arbeitgeber stellen will. Sage man doch nicht, man wolle nur „sozialdemokratische Ausschreitungen treffen“ man trifft selbstverständlich und naturgemäß die gesammte Arbeiterklasse. Jedes noch so berechtigte Widerwort, welches mit der Sozialdemokratie nichts zu thun hat, wird unter die „sozialdemokratischen Ausschreitungen“ gebracht, so daß von nun an in Fabriken und Werkstätten die Parole lauten wird: „Maul halten oder Entlassung!“

Selbst dem Dr. Rog Hirsch ist solche Agitation gegen die Arbeiter zu arg; er befürchtet, daß man dieselben Maßregeln auch gegen fortschrittliche oder liberale Arbeiter anwenden könnte. Auch meint er, daß man durch die plötzlichen Entlassungen der sozialdemokratischen Arbeiter nur Märtyrer oder Heuchler erzeuge. Das ist Alles ganz gut! Aber merkt Herr Dr. Rog Hirsch nicht, daß gerade er durch seine Schweifweberei den Fabrikanten gegenüber, die er so oft unter allerlei Harmoniegebübel der Ergreiflichkeit der Arbeiter versichert hat, dann durch sein wüthes antiozialistisches Treiben die heutigen Fabrikantenmaßregeln mitverschuldet hat? Die Fortschrittler haben am meisten gegen die Sozialdemokraten gehetzt, sie haben sich dabei nicht gescheut, Bündnisse mit allen reaktionären Elementen zu schließen; wenn es ihnen nun auch an den Krügen geht, so tragen sie daran selbst die Schuld.

Noch aber kann ich Ihnen mittheilen, daß bis jetzt mit einigen Ausnahmen lediglich die schlechtesten Elemente (Bankrotteure, Gräber und frühere Schwindler) unter den Fabrikanten mit ihren Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Arbeiter vorangehen. Sehr natürlich, da sie ihr Thun und Treiben, welches das Licht nicht gut vertragen kann, in dem allgemeinen Trubel zu verdecken hoffen, aber auch deshalb, um später bei einem neuen Bankrott jammernd sagen zu können: „Ich habe aus Patriotismus meine besten Arbeiter entlassen, jetzt müßt Ihr mir aber auch gute Bedingungen stellen!“ — Die alten soliden Firmen aber bleiben ihrem alten Grundsatz getreu: „Arbeit für den guten Arbeiter!“ Die Sozialdemokraten sind aber durchweg die besten Arbeiter.

Noch will ich Ihnen mittheilen, daß der jüngste Prozeß gegen unsere Genossen Radow und Schapira wegen der „Dentleraffäre“, in welchem dieselben, der Verleumdung von Gerichtsbehörden angeklagt, zu 3 und 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden sind, trotz der großen Attentatsbewegung ein gewisses Aufsehen erregt hat. Trozdem der Gerichtshof zugestanden, daß eine erhebliche durch einen Gerichtsbeamten verschuldete Verzögerung des Dentler'schen Haftentlassungsgefuchs stattgefunden habe, und deshalb „mildernde Umstände“ annahm, wurden die Angeklagten zu hohen Freiheitsstrafen verurtheilt. Wenn also bei unsern Gerichten Versehen vorkommen, welche vielleicht auf den schnelleren Tod eines Mannes eingewirkt haben, dann darf der Deutsche nicht einmal ein derbes Wort der Entrüstung gebrauchen!

Ueber den Ausfall der kommenden Reichstagswahlen in Berlin auch nur annähernd jetzt schon ein bestimmtes Urtheil abgeben zu wollen, erscheint mir unrichtig. Ich verkehre hier mit vielen bürgerlichen Elementen, in ihrer Mehrzahl Antiozialisten. Die einen glauben, daß es gar keinen heißen Wahlkampf gäbe, da die Sozialdemokraten, erdrückt von ihrer „kaiser-mörderischen Schuld“ sich vor der Schlacht zurückziehen würden, die andern, weniger optimistisch, sagen, daß der 4. und 6. Wahlkreis den Sozialisten verbleiben würde und zwar unter jeder Be-

— Zum Delirium der Ordnungsfanatiker. Die „wohl-anständige Kölnische Zeitung“ läßt sich aus Unterfranken schreiben: „Ein Fall urwüchsiger Loyalität ist aus Oberkelsheim zu berichten. In der W.'schen Wirtschaft äußerte sich ein Weggerburche über die Nordverfälschung gegen den Kaiser in einer Weise, die den gut deutsch gefassten Wirth entrüstete. Der Letztere aber nahm die Strafrechtspflege in seine eigene Hand; er verlegte dem Sprecher mit den Worten „im Namen des Kaisers“ eine derbe Ohrfeige, ließ sofort eine „im Namen des Königs von Bayern“ folgen, schloß ihn dann am Krage und warf ihn unter Beihilfe einiger Bürger „im Namen des deutschen Volks“ zum Hause hinaus.“ — Daß die ganze Geschichte nur ein fauler Reportertrick ist, dies merken leider die Leser der „Kölnischen Zeitung“ in ihrem „Wundstieber“ nicht. — Die „liberale“ „Kemscheider Zeitung“ bringt alles Ernstes folgendes Inserat: „Zur Nachricht! Ein hiesiger Kaufmann, der keinen geschäftlichen Verkehr will mit Sozialdemokraten, wünscht ein Verzeichniß der Kemscheider Mitglieder dieser Partei. Derselbe zahlt dafür eine einmalige lohnende Vergütung und sichert vollständige Verschwiegenheit zu, wenn der Mitttheilende dies der Sozialdemokratie wegen begehrt. Schriftliche Angabe zc.“ — Irgend ein Lump wird den Kaufmann schon befriedigen; ob das Verzeichniß richtig ist oder nicht, das ist ja ganz gleichgültig, wenn der Lump nur sein Geld erhält und der Karr seinen Willen. — Die „Nürnberger Presse“ (Redakteur — Igel) schreibt: „Der Besitz einer Verbrecherkolonie wäre in jetziger gefahrdrohender Lage dem deutschen Reiche von höchstem Werthe. Einfangung und Deportation der etwa 150 bezahlten blühfahigen Agitatoren, jener elenden Miethlinge, welche die stetige Aufstachelung der wildesten Leidenschaften als Broberwerb betreiben, Einschränkung der sozialdemokratischen Nordpresse würden der ziellosen Bewegung den ersten Damm entgegensetzen und baldige wohltätige Wirkung verspüren lassen.“ — Doch es kommt noch besser. In einem bössischen Blatte, dem „Hochberger Boten“ heißt es: „Wägen sämmtliche in deutsch-französischen Kriegen erbeuteten Kanonen in eine einzige Riesentonne umgegossen, die ganze Sozialistenbrut unseres Vaterlandes fest hineingerammt, in das Meer geschossen und von einem Haiische verschlungen werden; möge der Haiisch in eines Walfisches Bauche, der Walfisch in des Teufels Bauche, der Teufel in der Hölle keinen Platz finden. Möge das Höllethor verschlossen werden, und verdammt sei der Schloffer, der einen neuen Schlüssel macht!“ — Diesen Zeitungsummen reicht sich eine

bingung. Ich glaube nun, daß sich beide Richtungen täuschen: der Kampf wird in Berlin ein sehr heißer werden, das Ringeln der Waage im 4. und 6. Wahlkreis wird hin- und herschwankeu, der äußersten Anstrengung der Sozialdemokratie aber wird es gelingen, den Sieg nochmals an ihre Fahne zu fesseln.

## Sozialpolitische Uebersicht.

Es geht uns von absolut zuverlässiger und unferichteter Seite die Mittheilung zu, daß in gewissen Kreisen die Aeußerung gefallen ist: „Sie — die Sozialdemokraten — müssen so gefnebelt und an die Wand gedrückt werden, daß sie zuletzt aufmucken und wir schießen können.“

In dieser Aeußerung, die, wie gesagt, authentisch ist, enthält sich das Spiel der Reaktion. Sie braucht einen Putsch, irgend eine Gelegenheit, um „schießen zu können“. Gelingt es mit dem „schießen“ vor der Wahl, dann hat die Reaktion am 30. Juli gesiegt.

Genossen, ihr wißt nun, worauf die Gegner eure Hoffnungen setzen und was sie erstreben. Wir rufen euch nochmals zu: Seid auf der Hut! Laßt euch durch keine Provokation irgend welcher Art von dem Boden des Gesetzes abdrängen, auf dem uns der Sieg, den Gegnern die Niederlage sicher ist.

In den bevorstehenden Wahlkampf ziehen wir in ruhiger Erwartung. Alle Mittheilungen, die uns von unseren Parteigenossen zugehen, zeugen von hohem Muth und großer Entschlossenheit, und auch viele nächsterne Stimmen aus gegnerischem Lager zeigen nichts weniger, als besonderes Vertrauen auf die unbedingte Verdrängung der Sozialdemokraten aus dem deutschen Reichstage. So glaubt der „Hamburgische Correspondent“, daß die Sozialdemokratie in Altona höchst wahrscheinlich einen Sieg erröchten würde, weil die Antisozialisten sich in zwei Lager theilen. Die Richter'sche „Fortschrittscorrespondenz“ meint, daß es durchaus nicht so leicht sei, die Sozialisten aus dem 4. und 6. Berliner Wahlkreise hinauszuschlagen, wie sich Manche dies unter den Eindrücken des Augenblicks einbildeten. In Dresden trennen sich die Antisozialisten, da die Conservativen den Stodreaktionär, den früheren Minister von Friesen aufgestellt haben. — Die „Tschoner Nachrichten“, ein Blatt, welches die Sozialisten immer scharf bekämpft hat, bedauern die Auflösung des Reichstages und schreiben:

„Als die nächste Folge der demnächst stattfindenden Neuwahlen wird sich ergeben: eine große Aufregung in allen Kreisen der Bevölkerung, unausgesetzte Reden in Wahlversammlungen der Sozialdemokraten, und in weiterer Folge ist kaum anzunehmen, daß der Reichstag eine wesentlich veränderte Gestalt zeigen wird, außer daß aus den Wahlkreisen, wo die staats-trennen Parteien sich nicht einigen, der eine oder andere Sozialdemokrat mehr in den Reichstag kommt. Wenn indeß die Thatsache einmal da ist, wie sie es ohne Zweifel in wenig Tagen sein wird, so gilt es nicht mehr, an dieser Regierungshandlung Kritik zu üben, sondern mitzuwirken an der schmerzhaften Aufgabe, die bürgerliche Gesellschaft zu schützen, ohne der bürgerlichen Freiheit Schaden zuzufügen.“

Das sind „goldene Worte“, wird mancher freudig gefasste Bürger sich sagen, aber wie macht man es, wenn man gegen eine Partei der Freiheit mit allen Mitteln agitiren soll, ohne dabei der bürgerlichen Freiheit Schaden zuzufügen? — — — Diejenigen Parteigenossen, welche durch die letzten maßlosen Verfolgungen etwas zaghaft geworden sein sollten, mögen aus den obigen Mittheilungen erfahren, daß unsere Sache auch jetzt noch „sehr gut steht“ und daß es lediglich gilt, den Kopf oben zu behalten.

Wir theilen hier vorläufig diejenigen Paragraphen des Wahlgesezes mit, die für die bevorstehenden Wahlen von besonderer Bedeutung sind:

- Aus dem Reichswahlgesetz:
- § 1. Wähler für den Reichstag des deutschen Reichs ist jeder Deutsche, welcher das 25. Jahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.
  - § 2. Für Personen des Soldatenstandes des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen so lange, als dieselben sich bei der Fahne befinden.
  - § 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:
    - 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen.
    - 2) Personen, über deren Vermögen Concurs- oder Fallitverfahren des Obersten v. Lüderitz in Oldenburg an, der auch in Sozialistenverpöschung „machte“ und seinen Soldaten vorklammerte: „Die Zeit ist nicht mehr fern, wo das Militär gegen diesen Feind im Innern des Landes wird kämpfen müssen.“ — Man sieht, daß Nolke's „Brandrede“ im Reichstage schon anfängt, gute Früchte zu tragen.

— Eines Proletariats Erdenloos. In Frankfurter Blättern finden wir eine Lokalanricht, die zwar möglichst kurz gefaßt ist, aber doch jedem Denkenden Stoff zu allerlei Betrachtungen liefert. Sie lautet: „Ein Ausläufer, der seit 27 (siebenundzwanzig) Jahren in einem und demselben Geschäft gedient, Vater von fünf Kindern, hat sich, weil dasselbe in Folge der Ungunst der Zeitverhältnisse geschlossen werden mußte und er dadurch brodblos ward, extränkt.“ Auf solche Vorkommnisse hinweisen und sie abzuschaffen suchen, ist freilich bei manchen Leuten — großer Unfug, wo nicht gar Aufreizung zu einem Mordattentat.

— Intelligenzstaatlitz. Von der vor kurzem erschienenen Schrift: „Ueber und wider die Sozialdemokraten“, von Wild, hat das (preussische) Ministerium des Innern 100 Exemplare zur Vertheilung an Beamte seines Ressorts angekauft. „Also zu lesen in Berliner Zeitungen. Betreffende Schrift ist im Schuster'schen Centre gehalten, nur daß sie von noch größerer Ignoranz zeugt und von Eugen Richter geschrieben sein könnte. Wir bedauern aufrichtig die armen „Beamten“, welche der antisozialistischen Eifer des „jungen Eulenburg“ sich in Ermangelung von Sozialdemokraten zu Opfern ausersehen hat. Die Borliebe Eulenburg junior für den Schuster'schen Wild kann uns bei-läufig nicht wundernehmen, denn wir erinnern uns ja noch, mit welcher durchschlagendem Erfolg Eulenburg senior in seiner famosen „Zinte schießt Säbel haut“-Rede, den Original-Schuster produzierte.

— Perfid oder albern. Weil der „Vorwärts“ in einer der letzten Nummern die Vermuthung ausgesprochen, der Robiling-Stand sei zum Theil zu dem Zweck inscenirt worden, „um das Jensei der deutschen Marine dem Urtheil des Volkes zu entziehen“, meint Professor Biedermann in seiner „Allgemeinen“: „Eine entweder perfide oder alberne Ansicht vom Attentat Robiling's entwickelt der „Vorwärts“. Wir hatten schon früher, nach der Behauptung, Gelegenheiten zu bemerken, daß Hr. Biedermann nicht lesen kann. Es scheint, daß er diese Wade in seiner Erziehung noch nicht ausgefüllt hat. Wenn Sie lesen, Herr Prof. Biedermann, daß ich doch das Geringste, was wir von Ihnen verlangen können.“

— Es giebt noch Richter! Der Präsident des Strafgerichtshofes zu Hamburg erläßt im „Hamburgischen Correspondenten“ nachstehende Erklärung, welche als leuchtendes Beispiel allen Richtern und Staatsanwälten Deutschlands dienen möge: „Erklärung. Aus Nr. 140 des „Hamb. Correspondenten“ vom heutigen Tage ersehe ich, daß gestern Nachmittag in der Börse eine Versammlung betreffs der bevorstehenden Reichstagswahlen stattgefunden hat, deren Zweck wesentlich dahin gehen, die Regierung des deutschen Reichs in allen für den neuen Reichstag vorzuschlagenden Maßregeln gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen und daher an Stelle unserer bisherigen Abgeordneten Andere zu wählen, und daß, „auf Grund eines aus der Versammlung gemachten Vorschlags“, ein Comité ernannt ist, in welchem auch mein Name vorkommt.“

Diese gewaltthätige Verfügung über meine Person muß mich

hand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Concurs- oder Fallitverfahrens.

- 3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.
- 4) Personen, denen in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Ist der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist.

§ 17. Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten.

— Karl Marx hat an die „Daily News“ in London folgenden Brief gerichtet:

„Sir, — Nach einem Telegramm von Reuter's Bureau ist Herr Legationrath Bucher designirt zum „secrétaire archiviste“ des Congresses“. Sollte dieser Herr Bucher etwa der Lothar Bucher sein, der während seiner langen Verbannung in London ein begeisterter Parteigänger des Herrn Arquardt glänzte, dessen ruffeindliche Doctrinen er Woche für Woche in seinen Correspondenzen an die Berliner „National-Zeitung“ zum Ausdruck brachte; derselbe Lothar Bucher, der nach seiner Rückkehr nach Berlin so feurig Lassalle's Lehren befürwortete, daß der Legation ihn zu seinem Testamentsvollstrecker ernannte, ihm ein jährliches Einkommen vermachte, indem er das Herausgabe-Recht seiner Werke ihm hinterließ? Kurz nach Lassalle's Tode trat Lothar Bucher in das preussische auswärtige Amt, wurde zum Legationrath gemacht, er wurde Bismarck's Vertrauter und Adlatus.“

Er hatte die Maidetät, mir einen Brief zu schreiben, worin er mich einlud, natürlicher Weise mit der Sanction seines Herrn und Meisters, die Redaktion der Börsenabtheilung des „Preussischen Staatsanzeigers“ zu übernehmen.

Die pekuniären Bedingungen dieser Stellung zu bestimmen, wurde mir überlassen, indem mir ausdrücklich versichert wurde, daß ich volle Freiheit genießen sollte, die vorkommenden finanziellen Operationen und diejenigen, die sie ausübten, von meinem eigenen „wissenschaftlichen“ Standpunkt aus zu behandeln. Nach diesem seltsamen Vorkommniß amüerte es mich nicht wenig, als ich die Beiträge des Herrn Lothar Bucher, Mitgliedes der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“, fortwährend in den Spalten des von Philipp Beder in Genf herausgegebenen Organes der „Internationale“, beiläufig „Der Vorbote“, fand. Wenn hier keine Verwechslung der Personen vorliegt, und wenn es wahr ist, daß die russische und die deutsche Regierung den Congress gelegentlich der Attentate von Höbel und Robiling internationale Maßregeln gegen die Ausbreitung des Sozialismus vorlegen wollen, — so ist Herr Bucher allerdings der Mann dazu, dem Congress mit aller Autorität zu sagen, daß die Organisation, die Thätigkeit und die Lehren der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr mit den Attentaten zu thun haben, als mit dem Untergang des „Großen Kurfürst“ oder mit dem Zusammentritt des Congresses in Berlin.

Der Schrecken, den man durch Verhaftungen in Deutschland genährt hat, und der Staub, den man durch die Preßrepressionen auf aufwirbeln lassen, dienen lediglich zum Zwecke eines Wahltrugs, durch den man einen Reichstag zusammenbringen will, der bereit ist, Deutschland mit allen finanziellen Mitteln auszustatten, während zu gleicher Zeit über das deutsche Volk von Neuem jenes alte politische Regime verhängt werden soll, das in alle Binde verweist ist durch den Orkan von 1848.

Ich bin, geehrter Herr, Ihr ergebener Karl Marx.“

— Der Versuch unserer Reactionäre, die Robiling-Affaire zu einer internationalen Sozialistenhölle zu verwerthen, ist, wie schon angedeutet, an der englischen Regierung gescheitert, die ruhig aber kühl erklärte, daß sie bei solchem Spiel nicht mitspielen könne. Was man in England von der heute im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte grassirenden Stieberkrankheit hält, das geht zur Genüge aus der einen Thatsache hervor, daß die „Saturday Review“, das vornehmste und angesehenste der englischen Wochenblätter, natürlich conservativ, das famose Ausnahmesez als childish, kindisch bezeichnet. Ueberhaupt machen die jetzigen Vorgänge in Deutschland auf das gesamte Ausland einen höchst unangenehmen Eindruck. Sogar die zwerghaartlerischen Rumänen verpöten uns. So schreibt z. B. das Journal „Epoche“ in Bukarest unterm 12. d. M.: „Die Geschichte weist kaum einen Zeitpunkt auf, in welchem eine große, mächtige, blühende (! R. d. B.), auf der Höhe der Civilisation stehende Nation eine so klägliche Rolle gespielt hätte, wie gegenwärtig die deutsche. Das letzte Attentat auf den 81-jährigen Kaiser von Deutschland war allerdings geeignet, die größte Verstärkung hervorzurufen; daß aber eine ganze Nation, weil aus ihrer Mitte ein Wahnsinniger oder ein Schurke hervorgegangen ist, demuthsvoll den Nacken beugt und, als ob in jedem Einzelnen die Reizung zum Meuchelmörder läge, ankruft: „Geißelt uns, wir haben die Bächtigung wohl verdient!“ das geht denn doch über alles Maß der gesunden Vernunft hinaus! Das Wort: „Geißelt uns“ klingt schon acht Tage in den verschiedensten Variationen aus den größten deutschen Blättern hervor und die Wege der Reaktion waren schon lange nicht so gezeichnet, wie heute.“

Das ist bitter, unseren Angelphilistern aber wohl zu gönnen. Jedenfalls haben sie in den letzten paar Wochen das deutsche Reich „in den Augen des Auslandes“ so tief herabgesetzt, daß ein Duzend „heiliger Kriege“ nicht ausreichen wird, um von der Stirne des „civis germanus“ (deutschen Spießbürgers) das Stigma (Mal) der Lächerlichkeit, Feigheit und politischen Unreife zu entfernen.

— Es giebt noch Richter! Der Präsident des Strafgerichtshofes zu Hamburg erläßt im „Hamburgischen Correspondenten“ nachstehende Erklärung, welche als leuchtendes Beispiel allen Richtern und Staatsanwälten Deutschlands dienen möge: „Erklärung. Aus Nr. 140 des „Hamb. Correspondenten“ vom heutigen Tage ersehe ich, daß gestern Nachmittag in der Börse eine Versammlung betreffs der bevorstehenden Reichstagswahlen stattgefunden hat, deren Zweck wesentlich dahin gehen, die Regierung des deutschen Reichs in allen für den neuen Reichstag vorzuschlagenden Maßregeln gegen die Sozialdemokraten zu unterstützen und daher an Stelle unserer bisherigen Abgeordneten Andere zu wählen, und daß, „auf Grund eines aus der Versammlung gemachten Vorschlags“, ein Comité ernannt ist, in welchem auch mein Name vorkommt.“

Diese gewaltthätige Verfügung über meine Person muß mich

aus verschiedenen Gründen Wunder nehmen, namentlich aber aus dem folgenden:

Am Mittwoch, den 12. Juni, stellte sich zu mehreren Malen ein Herr im Strafgericht ein, der mich sprechen wollte und der mich auch 2 1/2 Uhr, als ich im Begriffe war fortzugehen, traf. Es war, wie er sich selbst nannte, der hiesige Kaufmann Herr Julius Schult. Derselbe hatte, wie sich jetzt herausstellte, mir einige Tage vorher anonym ein Exemplar der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 24. Mai zugesandt, in welcher er einen politischen Artikel geschrieben hatte; die Zusendung war wahrscheinlich erfolgt, um mich politisch zu belehren. An diese Zusendung und den Inhalt des staatenretirenden Schriftstückes anknüpfend, machte mir nun Herr J. Schult Mittheilung von der auf den nächsten Tag beabsichtigten Versammlung „zur Unterstützung der Regierung“ und erklärte mir, daß „namhafte Persönlichkeiten“ auf meinen Beitritt rechneten. Ich erwiderte ihm, daß bis jetzt und mit Recht bei mindestens der Mehrzahl der Hamburgischen Richter die Ueberzeugung vorherrsche, daß der hiesige Richterstand sich von allen Agitationen auf den Gebieten der brennenden Tagesfragen, namentlich also der sozialen, kirchlichen und politischen Fragen, fern zu halten habe, daß ich aus diesem Grunde auch keinem diese Materien behandelnden Verein angehöre, noch angehören wolle. Ich erwiderte ihm außerdem noch, daß sich Ausnahmesez, wie die jetzt beabsichtigten, und Strafparagrafen, wie die 1876 vorgeschlagen, weder mit meiner rechtlichen Ueberzeugung vertrügen, noch daß ich auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen in der Polizei- und in der Strafsjustiz Nutzen und Erfolg von denselben erwartete, daß also der Standpunkt seiner Mandanten nicht der meinige sei und daß ich mich für die Zwecke, die man mit meiner Hilfe verfolgen wolle, nicht qualifizire.

Hamburg, den 14. Juni 1878. Dr. J. Föhring.“

— Der Artikel der „Industrial Review“, welchen wir an anderer Stelle veröffentlicht, ist auch insofern interessant, als aus demselben erhellt, daß die englische Bourgeoisie ebenfalls die Lehmann-Robiling-Attentate ausbeutet, und zwar vornehmlich gegen die Gewerkschaften, die doch bekanntermaßen nicht sozialdemokratisch in unserem Sinne sind. Man sieht, daß es der Bourgeoisie nur auf Eins ankommt: Niederwerfung der ihre Klassenherrschaft bedrohenden Arbeiterbewegung. Und dazu ist ihr jedes Mittel recht. Wäre Herr Firsch sähig, etwas zu lernen, so würde ihm nun ein Licht über das Schicksal seiner Gewerkschaften aufgehen.

Da wir gerade von der Verwerthung der Attentate seitens der reaktionären Parteien reden, sei hier noch bemerkt, daß in Frankreich die liberale Presse den gesammten Liberalismus solidarisch mit dem Sozialismus erklärt und für die Attentate verantwortlich macht. Die deutsche „Kreuzzeitung“ bläst schon in das nämliche Horn, und die Hüftkicker der übrigen Jäger und Treiber der jetzt beginnenden „Sauhag“ werden schon eifrig auf diese Melodie gestimmt.

Auffallenderweise haben die Zeitungen seit fünf bis sechs Tagen kein Wort über Robiling gedruckt. Sollten die Untersuchungsrichter etwa dem standalösen Augengetriebe einen Damm gesetzt haben? Von anderer Seite erwarten wir es nicht.

— Das Delirium Tremens läßt in Deutschland schon etwas nach. Verschiedene Blätter bekommen wieder einzelne lichte Augenblicke. Schon aus Anlaß wollen wir resumiren.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Inmitten des wüsten Parteigezänks, das sich im Hinblick auf die Neuwahlen hier und da bereits erhoben hat, muß die Kundgebung des Kronprinzen, welche derselbe im Auftrage seines erhabenen Vaters durch den Reichskanzler veröffentlichen läßt, auf jedes patriotisch empfindende Herz einen doppelt wohlthuenden Eindruck machen.“ — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat bis jetzt das Parteigezänk am wütesten getrieben — nach obiger Selbsterkenntniß wird also bald das Delirium schwinden.

Die „Magdeburgische Zeitung“ schreibt: „Die sozialdemokratische Presse verwahrt ihre Partei mit aller Kraft gegen jeden Zusammenhang mit den Attentaten. Wir glauben gern, daß die sozialdemokratische Partei als solche von aller Mitwirkung oder auch nur Mitwissenschaft an dem abscheulichen Verbrechen freizusprechen ist.“ — Nicht wahr, das ist ein anderer Ton, als der, aus welchem die Magdeburgerin bis jetzt gepiffen hat? — Dasselbe Blatt bespricht die „Gründerära“ und die darauf folgende „Verleumdungsära“, macht dieselben für die Abstumpfung des Rechtsgefühls im Volke verantwortlich und fährt dann fort: „Und diese Abstumpfung des Rechtsgefühls ist nicht zum Wenigsten daran schuld, daß eine aller sittlichen Fundamente baar. Lehre in denjenigen Schichten des Volks so fürchtbar hat Eingang finden und um sich greifen können, welche der Hauptursache nach darauf angewiesen sind, dem Beispiele der höher gebildeten Klassen zu folgen, sich nach ihm zu richten.“ — Das ist recht! Wenn die „höher gebildeten Klassen“ erst zu solcher Selbsterkenntniß kommen, dann wird schon das jetzt herrschende Delirium in Deutschland schwinden.

Der „Hamburgische Correspondent“, der in der letzten Zeit gleichfalls das Wundstieber hatte, ist zu seiner früheren Objectivität zurückgekehrt und meint, daß die jetzige antisozialistische Bewegung weit über das Ziel hinausgeschosse und die Klassen-gegenstände noch verschärfe.

— An die Arbeiter. Unser Berliner Parteiorgan schreibt: „Von den verschiedensten Seiten gehen uns aus den Arbeiterkreisen Anfragen zu, was die Arbeiter thun sollen, wenn von Seiten der Arbeitgeber verlangt wird, daß die Arbeiter sich schriftlich verpflichten, keine sozialistische Zeitung mehr zu lesen, keinem sozialistischen Verein anzugehören und für sozialistische Zwecke keine Gelder zu geben. Wir können darauf den Arbeitern, von denen solches verlangt wird, unter der Drohung, sie sonst aus Lohn und Brod zu jagen und so mit sammt ihren Familien dem Elende Preis zu geben, nur den Rath geben, getrost Alles zu unterschreiben, was verlangt wird. — Unsere Herren Arbeitgeber, welche sich — ausgehend von einer schamlosen Presse — dazu hergeben, den brutalsten Genieffenszwang auszuüben, müssen es sich schon gefallen lassen, wenn sie angelogen werden. — Wir haben von jeher darauf gehalten, daß jede unserer Handlungen im vollsten Lichte der Offenheit erschienen ist, wir wollen es auch weiter so halten, will man uns aber durch die Hungenfalter zur Geheimhaltung und zum Heucheln zwingen, gut denn, dann mögen die Folgen aber unsere Gegner kommen.“

Wir stimmen diesen Anschauungen unseres Berliner Parteiorgans vollständig zu. Wählen kann ja doch Jeder, wie er will und heimlich die verbotenen Früchte, die am süßesten schmecken, zu genießen, kann dem Arbeiter auch Niemand wehren. Die Arbeitgeber wollen Heuchler haben, sie sollen sie haben!

— Da in Bezug auf die für die nächste Reichstagswahl anzulegenden Wählerlisten vielfach eine irrige Auffassung herrscht, theilen wir mit, daß dieselben vollständig neu angefertigt werden und daß alle männlichen Personen, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, keine Armenunterstützung in letzter Zeit erhalten haben und nicht im aktiven Militärdienst sind, in dieselben eingetragen werden müssen. Versäume deshalb kein stimmberechtigter Parteigenosse, die Wählerlisten, welche acht Tage lang zur Einsicht aufliegen, einzusehen, um sich zu überzeugen, daß sein richtiger Name mit richtiger Angabe des Standes oder des Gewerbes und richtiger Wohnung auch eingetragen sei. Wenn der Wähler auf dem Polizeiamt oder dort, wo die Listen ausliegen, nicht persönlich bekannt ist, so hat derselbe eine Legitimation (Steuerzettel etc.) mitzubringen; befindet sich sein Name nicht oder nicht richtig in der Liste, so hat er sofort zu reklamieren.

— **Flagrante Gesetzesverletzung.** Mitten im Wahlkampf hat die Hildesheimer Polizeibehörde es gewagt, den § 17 des deutschen Wahlgesetzes vollständig zu ignorieren. Sie hat nämlich folgende Verfügung getroffen:

„Hiermit wird Ihnen eröffnet, daß der hier bestehende sozialdemokratische Wahlverein in Gemäßheit der Vorschriften des § 8 und 16 der Verordnung vom 11. März 1850 über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vorbehaltlich des gegen die Beteiligten gesetzlich einzuleitenden Strafverfahrens bis zur ergebenden richterlichen Entscheidung vorläufig polizeilich geschlossen worden ist.“

Es wird darauf besonders aufmerksam gemacht, daß, wer sich an dem vorläufig geschlossenen sozialdemokratischen Wahlverein als Mitglied ferner beteiligt, mit Geldstrafe von 5—50 Thalern oder Gefängnisstrafe von 8 Tagen bis zu 3 Monaten belegt wird.

Hildesheim, den 14. Juni 1878.

Die Polizeidirektion.  
A. Koch.

An den Kassirer des sozialdemokratischen Wahlvereins, Hrn. Schneider Hilder hier.“

Wir haben den § 17 in der heutigen Uebersicht an einer andern Stelle abgedruckt und fordern unsere Hildesheimer Parteigenossen auf Grund dieses Paragraphen auf, gegen die Polizeidirektion zu Hildesheim klagbar vorzugehen. Inzwischen aber sollen sie einen neuen Wahlverein gründen, der laut Gesetz bis zu den Wahlen mit anderen Vereinen und Personen in Deutschland in Verbindung treten darf.

— Genosse Hasselmann ist in Barmen verhaftet worden, angeblich wegen Vergehen gegen den § 130 des Strafgesetzbuchs. — In Solingen wurde unser Parteigenosse Luchtenberg verhaftet wegen „öffentlicher Verbreitung falscher Thatsachen“ (?) und in das Gefängnis nach Elberfeld abgeführt. — Der in Görlitz verhaftete Genosse Tischer ist wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt worden. — Die „Magdeburger Zeitung“ läßt sich aus München mittheilen, daß Poliser verhaftet und daß Parteigenosse Ernst veranlaßt worden sei, jetzt eine rechtskräftige Strafbast anzutreten. Dabei sagt der Correspondent dieses liberalen Blattes ganz offen und naiv: „Die Behörden suchen eben für den bevorstehenden Wahlkampf die hiesige Sozialdemokratie thunlichst mundtot zu machen.“ Versteht diese liberale Annahme auf Wahrheit, so ist der Appell der Regierungen an das Gewissen der Nation eine nichtsagende Pfräse. Was aber sagt Herr Freiherr von Stauffenberg, der sich immer mit großem und bis dahin auch gerechtfertigtem Stolge auf das Recht stützte, zu der eigenartigen Unterstüßung, die ihm die Polizei angedeihen läßt?

## Correspondenzen.

— **Wien.** Wie Ihnen bekannt ist, brachte die gesammte Presse die Meldung, daß sich die deutsche Reichsregierung unmittelbar nach dem Lehmann'schen „Attentat“ mit den auswärtigen Regierungen in Verbindung setzte, um die im Jahre 1872 abgetrohenen Unterhandlungen wegen gemeinsamer Bekämpfung der Internationale, resp. des Sozialismus, wieder aufzunehmen, und sei diesem Wunsche der Bismarck'schen Regierung in erster Linie das „erbfreundliche“ Rußland aus Vereinstwilligkeit entgegengekommen. Von Oesterreich hieß es, daß dessen Staatslenker wohl die wärmsten Sympathien dieser gemeinsamen Bekämpfung entgegenbringen, es jedoch nicht für nöthig finden, Ausnahmegesetze gleich dem verunglückten deutschen ins Leben zu rufen, indem die gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen ihren Zweck hinreichend erfüllen. Es ist diese Meldung der Blätter auch, da sie den tatsächlichen Verhältnissen ganz und gar entspricht, vollkommen glaubwürdig. Wozu auch das Obium einer Ausnahmegesetzgebung auf sich laden (zumal man ebenfalls nicht ganz sicher ist, dieselbe vom Reichsrathe angenommen zu sehen), wenn man es in der Hand hat, auch ohne solche auf ganz „gesetzliche“ und „unparteiische“ Weise jede mißliebige Meinung zu unterdrücken. In der That hätten solche Ausnahmsbestimmungen, indem sie die Sozialdemokratie außerhalb der allgemein gültigen Gesetze stellten, mithin ihre Rechtslosigkeit durch den ganzen gesetzgebenden Apparat sanktionieren und ausdrücklich dokumentieren würden, derselben nur nügen, in keiner Weise aber schaden können. Denn für die sozialdemokratische Presse sorgt unser verächtliches „objektives Verfahren“ und das österreichische Vereins- und Versammlungsrecht ist, wie den Lesern des „Vorwärts“ aus früheren Berichten lattsam bekannt, für die Sozialdemokraten schon längst eine ungreifbare fata morgana!

Glückliche es auch früher von Zeit zu Zeit — gleichsam um den österreichischen Arbeitern zu zeigen, wie gut es ihnen gehen würde und wieviel freierlicher Rechte ihrer harrten, wenn sie sich nur das leidige Nörgeln an den bestehenden Zuständen abgewöhnen könnten und alle Regierungsmaßnahmen freudig begrüßten — eine oder im günstigen Falle zwei Volksversammlungen abzuhalten, so feierte doch schon in der zweiten Hälfte des April, also noch vor dem „Attentat“ des Lehmann, der § 6 abermals in der schamloseten Weise seine Orgien. Während noch am 7. April in Wien eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht“ gefeiert wurde, erfolgte drei Wochen (am 28. April) später ein Verbot ganz der gleichen Tagesordnung; ebenso wurde schon am 22. April in Agersdorf bei Wien eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Wiener Zeitungen und die Romanliteratur“ verboten. Man ersieht daraus, daß der von einem andern Correspondenten erwähnte Ministerialerlaß betreffs Einschränkung der Versammlungsfreiheit nicht erst des Berliner Attentates bedurfte. Die Reaktion war schon vorher beschlossen!

Von Preßmaßregelungen sind die Wiener Parteiblätter in letzter Zeit etwas verschont geblieben. — Dagegen arbeitet das Prager Landesgericht in nichts zu wünschen übrig leistender

„Objektivität“ weiter; von den fünf böhmischen Arbeiterblättern erscheint selten eines in erster Auflage. Und da nicht nur die sozialdemokratischen Blätter solche staatsanwaltliche Aufmerksamkeit genießen, sondern dieselbe auch der national-oppositionellen Presse zu Theil werden läßt, so ist es ganz wohl begreiflich, wenn man von Seite des hohen Gerichtshofes bestrebt war, etwas Geschäftsvereinfachung in die Sache zu bringen, etwa wie Bismarck mit seinen autographirten Strafanträgen. So sehen wir denn neuer Zeit in der uns wohlbekanntesten Spalte mit „Erkenntnissen in der k. k. Wiener Zeitung“ nicht mehr wie früher über jede Constatation ein separates Erkenntniß, sondern das „k. k. Landes- als Preßgericht Prag“ bricht in eblem Amtseifer in einem Urtheile gleich über drei, vier, fünf Zeitungsnummern den Stab, wahrscheinlich nach dem Grundsatze: Die Masse muß es machen! Friedlich kann man da die altjehische „Politik“, die jungtschechische „Narodni listy“ oder die sozialistische „Budoucnost“ nebeneinander finden, alle gleich staatsgefährlich. In welsch' zahlreichen Gefahren doch dieser arme „Großstaat“ stehen muß, wenn kein Tag vergehen kann, ohne daß der Staatsanwalt mehrere Blätter confiscirt hat, etwa wie ein Weib, das nicht ruhig schlafen kann, ehe es nicht ein halbes Duzend Flöhe unter dem Daumen zerknickt hat. Man vergeße mir diesen Vergleich, aber die Massenhaftigkeit, mit der man in der böhmischen Hauptstadt das freie Wort knebelt, muß unwillkürlich daran mahnen.

Unsere „Volksvertretung“ hat für derlei Gesetzhaudhabungen kein Wort und noch viel weniger eine That; nur wenn es irgend einer in derselben vertretenen Clique selbst an den Leib geht, rafft sich dieselbe auf und greift zu dem schrecklichen Mittel einer — Interpellation, die in den meisten Fällen von der Regierung auch ihre volle Würdigung findet, das heißt unbeantwortet bleibt. Als unlängst die „Deutsche Zeitung“ wegen eines die Programmlosigkeit der Regierung behandelnden Artikels confiscirt wurde, da verübte der gesammte Fortschrittclub mit seinem Obmann Grafen Coronini eine solche Interpellation, worin er das Vorgehen der Regierung „unerhört“ nannte. Wenn der edle Graf und seine Genossen mitunter das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ ansehen würden, könnten sie daraus zu ihrem Troste die Neuigkeit erfahren, daß ein derartiges Vorgehen in Preßsachen im glücklichen Oesterreich durchaus nicht „unerhört“, sondern etwas ganz alltägliches ist; aber freilich sind die dort verzeichneten „objektivierten“ Blätter jumeist nicht fortschrittlich, ja nicht einmal verfassungsfreundlich, sondern national, ultramontan oder sozialdemokratisch, und denen geschieht ja Recht, da hört bei unjeren Fortschrittler der sonst so offen zur Schau getragene Radikalismus auf. Doch Sie kennen diese Sorte von Liberalen so gut wie wir: sie sind liberal, wo es an ihre Haut oder an ihren Geldbeutel geht; dem Volke gegenüber, wo es gälte, dessen Interesse und dessen Rechte zu schützen, da zeigen sie sich in ihrer ganzen nackten reaktionären Gestalt. Die Sozialdemokratie aber hat nicht einen einzigen Vertreter im österreichischen Parlament, und so ist es natürlich, daß auch die Interessen des armen und arbeitenden Volkes selten in demselben einen Fürsprecher finden.

Die Lehmann-Affaire hat übrigens dennoch auch in Wien ihre Wirkung geübt. Dieser Protegé Sparig's ist nämlich auch in der österreichischen Metropole gewesen und hatte da bereits am ersten Tage seiner Anwesenheit Gelegenheit, Bekanntschaft mit unseren so trefflichen Staatseinrichtungen zu machen. Ohne Substanzmittel wollte er die Nacht in den grünen Auen des Prater's zubringen, doch die Arme der irdischen Gerechtigkeit ereilte ihn — er wurde „per Schub“ in seine Heimath zurückbefördert. Mit Constatierung dieser hochwichtigen Thatsache ließ es aber unsere pflichteifrige Polizeibehörde nicht bewenden; Lehmann soll auch gefagt haben, im hiesigen Fachvereine der Spengler eine Unterstüßung erhalten zu haben — welsch' treffliche Gelegenheit, den „Mitschuldigen“ des „Attentäters“ auf die Spur zu kommen! Der Obmann des genannten Vereines wird auf das Polizeicommissariat geladen, um hierüber Auskunft zu geben; da er davon nichts weiß, wird ein Amtsdienner in das Vereinslokal geschickt, welcher die Wähler durchsieht, um hier auf eine Spur des Verbrechers zu gelangen, allein auch dessen Liebe Müß war umsonst. Wie schade! Wie schön wäre es doch gewesen, wenn sich herausgestellt hätte, daß der Wiener Spengler-Verein den Lehmann zu seinem „Attentat“ gedungen hätte! Jammerstraße!

Da ich gerade vom Attentate spreche, so will ich noch kurz erwähnen, daß die Haltung der Wiener Tagespresse in dieser Angelegenheit eine verhältnismäßig ziemlich anständige war; nur eines der größeren Tagesblätter beschränkte sich hierin einer Ausnahme und bezeichnender Weise war es gerade ein Blatt, dessen allerintimste Beziehungen zum Preßbureau ein offenkundiges Geheimniß sind: die alte „Presse“. Dieses halbamtliche Organ der Regierung leistet an Beschimpfung der Sozialdemokratie das Menschenmögliche und trug dabei zugleich eine derartige Ignoranz über Alles, was Sozialismus ist, zur Schau, daß selbst das kerliche „Vaterland“ sich berufen fühlte, in einem „Berufsmäßige Unwissenheit liberaler Literaten“ überschriebenen Artikel dem Blatte eine derbe, aber wohlverdiente Lektion zu erteilen. Daß die Obrigkeit gefessen hat, konnte man schon Tags darauf aus dem ohnmächtigen Geziße des Reprints bemerken, womit es das „Pfeifenblatt“ beschuldigte, die Lehmann'sche That vertheidigt und beschönigt zu haben. Derlei Geziß ist eben unverbesserlich.

Einen grellen Gegensatz zu dieser verhältnismäßigen Anständigkeit der übrigen liberalen Tagesblätter bildete das ohrenzerreißende Gekläffe jener zahlreichen Klasse von Demimonde-Blättern, die man mit einem hochausdrucksreichen Revolverpresse nennt. Je obskurer solch ein Blättchen, je bedürftiger seine Manipulation des Mantels nachsichtiger „christlicher Milde“ ist, je träber die Quellen, aus denen dessen Eigentümer die Mittel zur Fristung seines Strauchritterbaseins schöpft, desto wüthender die Angriffe auf Alles, was mit der Sozialdemokratie in Verbindung steht. Es ist dies auch ganz natürlich; denn wenn auch die meisten dieser ehrenwerthen „Journalisten“ von den eigentlichen Prinzipien unserer Partei keine blasse Ahnung haben, so sagt ihnen doch ihr Instinkt, daß in einer Gesellschaftsordnung, in welcher diese Prinzipien zum Durchbruche gelangt sind, Existenzen wie die ihrigen nicht mehr möglich sein werden. Ihr Haß, ihr Born, ihre Wuth ist daher begreiflich — es ist ein Akt der Nothwehr, der sie leitet, wie ja auch eine Räuberbande, die ringum von Dienern der Gerechtigkeit umzingelt ist und keinen Ausweg mehr sieht, sich dennoch aus Verzweiflung zur Wehr setzt. Die Angriffe von dieser Seite können uns nur freuen; es wäre der größte Schimpf, von dieser Bande gelobt zu werden.

Ein Wochenblättchen dieser Sorte, um nur ein Beispiel anzuführen, das „Illustrierte Fremdenblatt“ nannte die Sozialdemokratie anläßlich des Attentates „politisches Atropin und gesetzlich geschützte (?) Massenvergiftung.“ Das Atropin, ein Giftstoff, welcher zwar nicht direkt tödtlich wirkt, jedoch die Gehirnfunktionen lähmt und daher den Zweck hat, den damit Vergifteten wahnsinnig zu machen, spielte eine große Rolle in

einem der jüngsten Sensationsprozesse, in welchem wenig erbauliche Zustände in unserer vornehmen Gesellschaft zu Tage traten; der Ausbruch „Massenvergiftung“ bezog sich ebenfalls auf einen erst dieser Tage vorgekommenen Fall, wo durch das Fleisch einer mißgründigen Kuh bei 200 Personen erkrankt sind. Man muß gestehen, daß der Versuch, die Lehren und Bestrebungen der Sozialdemokratie mit diesen Vorfällen auch nur in einen Vergleich zu bringen, ein sehr origineller ist und kaum dadurch überboten wird, uns für die That eines Lehmann verantwortlich machen zu wollen.

## Briefkasten

der Redaktion: W. B. in Worms: Uns ist ein derartiges Buch nicht bekannt.

der Expedition: Ernst Bgl hier: Ihr Geschenk wird mit größtem Danke acceptirt. — Bernh. Steil Koblenz: Es werden neue Wählerlisten angefertigt. Es ist daher nöthig, daß Jeder, der das 25. Lebensjahr erreicht hat, auch diese Listen kontrollirt, ob sein Name eingetragen ist. — K. J. Marburg: Ja, Preis 1,50 M.

Quittung. Inghöf'sche Ab. 3,84. Fritz Gera Ab. 3,90. Krebs hier Ab. 0,60. Arbeiterpartei hier Ann. 1,00. Bb Spandau Ann. 0,90. Apr Paris Schr. 35,80. Lgs Hannover Ann. 0,90. Hdr Hildesheim Ann. 1,50. Arbeiterbild.-Verein Ab. 3,45. W. R. Remppel Ab. 90,00. Krs Rothwell Schr. 0,40. Sgrh Frankfurt Schr. 2,50. Hnr Karlsruhe Schr. 3,50. Fritz Raumburg Schr. 2,50. Hfman Worms Schr. 4,20. Wbd Karlsruhe Schr. 1,50. Alsd Witten Schr. 2,00. Stl Koblenz 2,50. Salz hier Ab. 2,40. Bchtl Stuttgart Schr. 1,50. Hnl Freudensthal Schr. 2,51. Rbl Ruhla Schr. 3,00. Brn Lechhausen Schr. 5,50. Wf Wehlfelburg Schr. 4,00.

Berichtigung. In der letzten Nummer 71 muß es im ersten Zeitaritel: „Parteigenossen! Freunde!“ — in der 33. Zeile von unten anstatt „öffentlich abgewiesen“ heißen: „öffentlich abgewichen.“

Die Anfrage im „Briefkasten“ des „Vorwärts“, Nr. 63 vom 31. Mai, kann ich folgendermaßen beantworten: Auf den Schleppehdampfern, die ja mittelst der Maschine getrieben werden, befindet sich auf dem Verdeck eine Art Kommod, welches besetzt ist und von der Maschine getrieben wird. Dieses Rad faßt die Kette, welche auf dem Verdeck entlang läuft; an der hinteren Seite des Dampfes befindet sich eine Walze, an welcher die Kette ins Wasser geht; an der vorderen Seite des Dampfes ist ebenfalls eine Walze, welche die Kette aus dem Wasser hebt. Das Treibrad, welches die Kette in Bewegung setzt, befindet sich, wie gelagt, auf dem Verdeck.

## Wahlfonds.

Som Wahlcomit's hier 13,50. Wbrg R. W. R. 17,00.

Allen Spandauer Parteigenossen sage ich hierdurch herzlichsten Lebewohl. Leipzig, den 18. Juni 1878. W. Bade.

Ich erlaube meine lieben Parteigenossen Böcker, Czieslinski, Tische etc. in London, sowie die Genossen Ludwig Ehrich, Pölzing, Stade etc. in Paris mir schleunigst Ihre Adresse zukommen zu lassen. Mählheim a. d. R. Jean Witzka sen., Windmühlenstraße 2 1/2.

Am letzten Sonnabend aus mehrer Arbeit hinausgemüthet empfehle ich mich nunmehr den Genossen zur Auferstüßung von Herrengarderobe aller Art nach Wsch, ebenso werden Reparaturen besorgt. Musterproben liegen aus. C. Gilder, Hildesheim, Hoch über die Sozialdemokratie! Wollenwiesstraße 967, 3. Etage.

**Hannover.** Die Versammlungen des Sozialdemokratischen Wahlvereins finden von jetzt an jeden Sonnabend, 8 1/2 Uhr, in dem Lokale des (S. 167)

Herrn Otto, Neuestraße Nr. 45 statt.

Nächsten Sonnabend, den 22. Juni: L.-D.: **Vorlesung.** Ebenso auch die Gesangsstunde Donnerstag, Abends von 9 bis 11 Uhr. [0,90] Der Vorstand.

**Leipzig.** Freitag, 21. Juni, Abends 8 Uhr, bei Michael, Windmühlenstr. 7:

## Einwohnerversammlung.

L.-Ordn.: Die bevorstehende Reichstagswahl. Der Einberufer. 0,70]

Sonntag, den 23. Juni 1878

## Sommerfest

sämmtlicher Gewerkschaften Leipzigs im „Neuen Gasthof“ zu Gohlis.

Anfang Nachmittags 3 Uhr. Concert, Herren- und Damenspiele. Son 7 Uhr an Ball wozu wir alle freundlichst einladen. [3,10]

Zur Wahlbewegung!

## Nieder mit den Sozialdemokraten!

Von W. Bracke.

Bisherige Auflage 195,000 Exemplare!!

Einzel in Buchhandel 25 Pf., für Arbeitervereine 15 Pf. In Partien 10 Pf., 50 Stück 4 M., 200 Stück 12,50, 1000 Stück 50 M. Bei größeren Partien für die Wahlbewegung pro 1000 Stück 40 M. Gegen baar oder Postvorschuß. [100] Braunschweig, 12. Juni 1878. W. Bracke Jr.

Zur bevorstehenden Wahlagitacion empfiehlt sich als die beste Agitations-Broschüre, namentlich in Bürger- und Handwerkerkreisen:

## Der Kleinbürger

## und die Sozialdemokratie.

Ein Mahnwort an die Kleingewerbetreibenden

von Johann Most.

(Eine Gefängnisarbeit aus Pflanzensee.)

4 1/2 Bogen stark mit elegantem Umschlag. Preis 50 Pf., in Partien billiger.

**Inhalt:** Die Nacht des Vortritts. — Das Handwerk in der Vergangenheit. — Das Handwerk in der Gegenwart. — Des Handwerkers Klage über die Lohnarbeiter. — Illusionen. — Nothe Gespenker. — Revolutionslieber. — Unsere Grundprinzipien. — Unsere politischen Forderungen. — Soziale Reformen. — Die Organisation der Klassen.

Verwendung nur gegen baar oder Postnachnahme. [250]

Bestellungen werden erbeten von der

Volksbuchhandlung von J. Endres in Augsburg

(2s) Oberer Seiden G. 322.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Künzel in Leipzig. Redaktion und Expedition: Haberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.